

Deutscher Kitaverband fordert bundesweite Regelungen für die Unterstützung geflüchteter Familien

24. März 2022



Mathias P.R. Reding von Pexels

Angesichts des Kriegs in der Ukraine fordert der Deutsche Kitaverband die Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) auf, für klare Rahmenbedingungen bei der Betreuung von Kindern im Kita- und Vorschulalter zu sorgen. Der frühzeitige Besuch einer Kita hilft den Kindern, ihre Fluchterfahrungen zu bewältigen und sie in ihre neue Umgebung zu integrieren.

Kinder brauchen Kinder und geregelte Alltagsstrukturen. Für geflüchtete Kinder im Kindergartenalter kann der Kitabesuch Sicherheit vermitteln und das Ankommen in der neuen Umgebung erleichtern. In der Kita finden sie Freunde und erlernen leichter die neue Sprache. Die Familien werden entlastet und können ihren Start ins neue Leben organisieren.

Viele Kita-Träger unterstützen bereits geflüchtete Familien und sorgen aktiv für die Unterbringung und Betreuung von Familien und Kindern. In den Kommunen finden sich schnell und unbürokratisch Lösungen. Die Träger gehen dabei zumeist in Vorleistung und nehmen bisher die Kosten selbst auf sich.

Waltraud Weegmann, Vorsitzende des Deutschen Kitaverbands: „Es gibt unter den Kita-Trägern eine hohe Bereitschaft, den Familien zu helfen und ihnen die ersten Wochen in Deutschland zu erleichtern. Die spontane Hilfe der Träger muss nun in langfristige Lösungen überführt werden, damit die Integration der Kinder und eine kurzfristige Beschäftigung der Erwachsenen gelingen kann.“

In Anbetracht der wachsenden Anzahl von geflüchteten Familien und der sich abzeichnenden mittel- bis längerfristigen Aufenthalte brauchen Kita-Träger und betroffene Familien eindeutige Aussagen und Planungssicherheit. Das betrifft die Aufnahme der Kinder und die Möglichkeit, muttersprachliche Betreuer*innen zu beschäftigen.

Der Deutsche Kitaverband fordert den Bund auf, gemeinsam mit den Ländern, Kita-Trägern und den Gewerkschaften schnelle und belastbare Lösungen zu finden:

- Sofortige Aufnahme der Kinder geflüchteter Familien in den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz
- Rechtliche Absicherung der Kita-Träger bei anlassbezogener Unterschreitung des Mindestpersonalschlüssels
- Zusagen zur Re-Finanzierung der Kita-Plätze für geflüchtete Kinder über die laufende kommunale Bezuschussung und Zusage für die langfristige Übernahme der Elternbeiträge
- Finanzierung und schnelle Schaffung von Impfangeboten für die verpflichtenden und empfohlenen Schutzimpfungen (Masern, etc.)
- Sofortige unbürokratische Gewährung von Arbeitsgenehmigungen und Anerkennung von beruflichen Abschlüssen Geflüchteter für den Einsatz in Kitas
- Finanzierung des Einsatzes von Integrationshelfern für die geflüchteten Kinder in den Kitas
- Beteiligung aller Vertretungen von Kita-Trägern am weiteren politischen Beratungsprozess zur Versorgung Geflüchteter

- [Mail](#)